

## X1 Geld aufs Land! Für Gerechtigkeit, Klima und Demokratie

Antragsteller\*in: Jona Gärtner (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Lucas Pöllinger (KV Amberg-Schwarndorf), Marvin Heimrich (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Emilia Hant (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Hannah Götz (KV Aschaffenburg-Miltenberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

1 Kriege, erstarkender Rechtsextremismus, Wirtschaftskrise... Momentan gibt es bei  
2 uns vor Ort und um die ganze Welt so viele Krisen, um die sich gekümmert werden  
3 muss, dass eine der zentralen Existenzfragen unserer Zeit außer Acht gelassen  
4 wird: der Klimawandel. Die Kommunen, die hier eine treibende Kraft sein könnten,  
5 sind gleichzeitig aber hoch verschuldet und zum Teil sogar zahlungsunfähig. Das  
6 fehlende Geld wird vor allem im ländlichen Raum immer ersichtlicher, da die  
7 aufgenommenen Schulden der ländlichen Kommunen aufgrund der geringen  
8 Gewerbesteuereinnahmen nur langsam zurückgezahlt werden können. All das führt  
9 dazu, dass es zu einer immer gravierenderen Landflucht kommt und noch mehr  
10 Menschen in die Städte ziehen. In dieser sich zuspitzenden Situation wurde im  
11 alten Bundestag das neue Schuldenpaket verabschiedet. Das Paket umfasst 100  
12 Milliarden Euro für die Infrastruktur der Länder sowie 100 Milliarden Euro für  
13 den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Zusätzlich wird den Ländern  
14 ermöglicht, jährlich neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des  
15 Bruttoinlandsprodukts aufzunehmen, was etwa 15 Milliarden Euro entspricht. Wir  
16 die Grüne Jugend Bayern fordern, dass dieses Geld dorthin fließt, wo es auch  
17 gebraucht wird: in unsere ländlichen Kommunen.

18 Die zentrale Aufgabe der Kommunen besteht darin, die örtliche Infrastruktur  
19 funktionsfähig zu halten – dazu gehören unter anderem Schulen, Kitas, Straßen  
20 sowie der ÖPNV. Dafür wird jedoch genau das benötigt, was vielerorts fehlt:  
21 ausreichend finanzielle Mittel. Der Freistaat Bayern profitiert von den 100  
22 Milliarden Euro, die den Bundesländern zum Ausbau der Infrastruktur zur  
23 Verfügung gestellt werden, sowie von der Möglichkeit, zusätzliche Schulden in  
24 Höhe von 0,35 % aufzunehmen. Wir fordern daher, dass der Freistaat diese Mittel  
25 unmittelbar an die Kommunen weiterleitet, die die Hauptlast bei der  
26 Infrastruktur tragen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf Kommunen mit  
27 geringen Gewerbesteuereinnahmen gelegt werden, die in den vergangenen Jahren  
28 unter erheblichen finanziellen Druck geraten sind. Da dies vor allem den  
29 ländlichen Raum betrifft, fordern wir gezielt eine stärkere Unterstützung dieser  
30 Regionen. Die verfügbaren Mittel sollen dort für den Ausbau der Infrastruktur  
31 sowie für nachhaltige Investitionen eingesetzt werden.

32 Wir sprechen uns hierbei vor allem für eine dezidiert nachhaltige Einsetzung des  
33 Geldes aus. Hiermit sollen nicht nur Straßen für Autos erbaut werden, sondern  
34 vor allem sollen von diesem Geld unsere Schulen, Radwege und der ÖPNV  
35 profitieren. Mit diesem Geld muss es möglich sein, vor Ort einen großen Schritt  
36 zur Klimaneutralität, aber auch zu chancengerechterer Bildung und sozialer  
37 Gerechtigkeit zu gehen. Hierbei müssen die Kommunen auch in die Pflicht genommen  
38 werden, den Ausbau der Erneuerbaren durch gezieltere und effizientere  
39 Ausschreibungen von Vorrangflächen zu beschleunigen. Die Kommunen sollten  
40 insbesondere mit den Energiegenossenschaften vor Ort zusammenarbeiten, um die  
41 Energieversorgung vor Ort in der Hand der Bürger\*innen zu halten und sich nicht  
42 von großen Investoren abhängig zu machen. Durch die direkte Beteiligung von

43 Kommunen und Bürger\*innen am Ausbau von Wind- und Solarenergie können zudem die  
44 lokale Wertschöpfung gestärkt und mithilfe des günstigen Stroms für Unternehmen  
45 Arbeitsplätze geschaffen werden.

46 Zudem kann es durch diese Arbeitsplätze und den Ausbau der Infrastruktur  
47 gelingen, dass sich wieder mehr Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln. Damit  
48 können sich ländliche Kommunen besser finanzieren, und zusätzlich würde die  
49 Landflucht, die auch zum Mietproblem in Großstädten beiträgt, ausgebremst oder  
50 sogar beendet werden. Doch nicht nur die Wirtschaft würde von verstärkten  
51 Investitionen profitieren, sondern auch das demokratische Zusammenleben. Ein  
52 großer Teil der Menschen auf dem Land fühlt sich abgehängt – ein idealer  
53 Nährboden für Demokratiefeinde. Die in weiten Teilen als gesichert  
54 rechtsextremistisch eingestufte AfD nutzt die Nöte vor Ort schamlos für ihre  
55 hasserfüllte Politik aus. Es braucht konkrete Veränderungen vor Ort, um das  
56 Vertrauen in den Staat und die demokratische Handlungsfähigkeit  
57 wiederherzustellen.

58 Das Leben im ländlichen Raum wird maßgeblich durch die Natur geprägt. Jedoch  
59 haben der Klimawandel und die intensive forstwirtschaftliche Nutzung dazu  
60 geführt, dass nur noch jeder fünfte Baum gesund ist. Die bayerischen Wälder,  
61 insbesondere unsere zwei Nationalparks, sind Wahrzeichen unseres Bundeslandes  
62 und tragen durch saubere Luft, Erholungsmöglichkeiten und ihre Vielfalt an  
63 Pflanzen- und Tierarten entscheidend zur Lebensqualität bei. Ihr Schutz ist eine  
64 Investition in eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft. Mit Blick auf den  
65 fortschreitenden Klimawandel fordern wir darüber hinaus eine verstärkte  
66 Förderung der Renaturierung von Mooren. Sie speichern enorme Mengen CO<sub>2</sub> und  
67 helfen entscheidend, die Erderwärmung zu bremsen. Bei dem aktuellen Tempo würde  
68 es 100 Jahre dauern, bis das Ziel der bayerischen Landesregierung von 55.000  
69 Hektar Moorflächen erreicht wird. Das muss sich ändern!

70 Im ländlichen Raum spielt auch das Thema Mobilität eine wichtige Rolle, wenn es  
71 um Teilhabe, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit geht. Momentan ist die  
72 Mobilität auf dem Land meistens abhängig von Autos, da der ÖPNV nicht ausgebaut  
73 oder sehr unzureichend ausgebaut ist. In diesem Bereich muss dringend etwas  
74 getan werden, weil vor allem die Jugend darunter leidet. Sie ist vor allem auf  
75 Elterntaxis und mit 18 auf ein eigenes Auto, das sich nicht jede Familie leisten  
76 kann, angewiesen – soziale Gerechtigkeit sieht anders aus. Aus diesem Grund  
77 fordern wir, dass auch hier in die Mobilität für alle investiert wird, denn sie  
78 bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft für jede\*n.

79 Bayern hat mit dem bewilligten Geldern jetzt die Chance, die Kluft zwischen  
80 Stadt und Land, die über Jahrzehnte entstanden ist, wieder zu verringern.  
81 Gleichzeitig kann es damit gelingen, unser Leben vor Ort wieder gerechter und  
82 zukunftsgerichteter zu gestalten und dabei wieder Vertrauen zurückzugewinnen.  
83 Aus diesem Grund fordern wir als Grüne Jugend Bayern, dass der Freistaat die  
84 Milliarden auf die Kommunen verteilt und dabei vor allem auf die hoch  
85 verschuldeten ländlichen Kommunen achtet.

## Begründung

erfolgt mündlich